

## **Die Flüchtlingskrise auch außenpolitisch lösen**

*Antragssteller: JU KV Pinneberg*

Deutschland ist in diesen Wochen und Monaten Zielland einer noch nie dagewesenen Flüchtlingsbewegung. Aufgrund der angespannten Lage im mittleren Osten und in Afrika ist in naher Zukunft nicht damit zu rechnen, dass der Flüchtlingsstrom nachlässt.

Trotz aller bemerkenswerten Hilfsbereitschaft in Deutschland wird dies allein die aktuelle Problematik nicht lösen. Nur wenn es uns gelingt, langfristig die Krisenländer zu stabilisieren und wieder staatliche Strukturen aufzubauen, kann die Flüchtlingskrise und das damit einhergehende Leid unzähliger Menschen beendet werden. Dies wird aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein nicht ohne militärische Komponente gelingen.

Auch wenn militärische Interventionen von einem Großteil der Bevölkerung kritisch gesehen werden, kann die Antwort nicht lauten, auch in Zukunft (militärisch) untätig zu bleiben und somit dem mörderischen IS-Kalifat, das sich im Irak und in Syrien ausgebreitet hat, freie Hand zu lassen. Zu einer langfristigen Strategie, die nun nötig ist, gehört es auch, sich die Frage zu stellen, wie und in welchem Umfang Deutschland seine außenpolitische Verantwortung wahrnehmen will. Denkverbote darf es trotz auch gerade wegen der so komplizierten Lage im Nahen Osten hierbei nicht geben.

Abschließend gehört zu einer Gesamtstrategie für den Nahen Osten auch die Frage, wie diejenigen Staaten, die jetzt schon einen großen Teil der Flüchtlinge zumindest temporär aufnehmen, geholfen werden kann. Hierzu gehören insbesondere der Libanon, Jordanien, aber auch die Türkei.

Nur wenn es Deutschland und der westlichen Staatengemeinschaft gelingt, eine ganzheitliche Lösung für die Flüchtlingsfrage zu finden, die sowohl Ursachen als auch die

Eindämmung der Folgen im Blick hat, wird es gelingen, denjenigen zu helfen, die unsere Hilfe brauchen und diejenigen zu bekämpfen, die den Frieden in der Welt gefährden.

Vor diesem Hintergrund fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- Keine Abkehr von der langfristig ausgerichteten Idee des Nation-Building
- Schaffung regionaler entmilitarisierter Schutzzonen
- Finanzielle Unterstützung syrischer Nachbarstaaten für die Bewältigung der Flüchtlingsströme aus EU-Mitteln
- Eine konkrete Prüfung der Beteiligung an Luftschlägen gegen den IS